

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXIII. Jahrgang, Nr. 8

August 1950

Inhalt

Die Konjunkturlage

Erste Rückwirkungen des Koreakonfliktes — Vor Entscheidung in der Frage des Subventionsabbaues — Sorge um „Vollbeschäftigung“

Währung, Geld- und Kapitalmarkt; Die Counterpartmittel und ihre Verwendung — Preise, Lebenshaltungskosten, Löhne — Ernährung — Land- und Forstwirtschaft — Energiewirtschaft — Gewerbliche Produktion — Umsätze; Ergebnisse der Sommerräumungsverkäufe — Arbeitslage — Verkehr; Stellung Österreichs im Wettbewerb zwischen Triest und Nordseehäfen — Außenhandel

Österreichische Wirtschaftszahlen (Genauere Inhaltsangabe auf der 3. Umschlagseite)

Die Konjunkturlage

Erste Rückwirkungen des Koreakonfliktes — Vor Entscheidung in der Frage des Subventionsabbaues — Sorge um „Vollbeschäftigung“

Die durch den Koreakonflikt ausgelösten weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Strömungen beginnen sich auch auf die österreichische Wirtschaft auszuwirken. Die Nachfrage hat sich etwas belebt, einzelne ausländische Rohstoffe werden knapp oder steigen im Preis. Die Schwerindustrie, aber auch einige andere Zweige, sehen einer Exportkonjunktur entgegen. Österreich wird freilich die sich bietenden Chancen nur dann voll ausnützen können, wenn die Wirtschaftspolitik den Außenhandel durch geeignete Maßnahmen tatkräftig fördert. Vor allem ist es notwendig, die seit Monaten schwebenden Fragen des Subventionsabbaues und der Vereinheitlichung der Wechselkurse so zu lösen, daß die österreichische Produktion auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleibt. Außerdem ist mehr als sonst eine vorsichtige Geld- und Kreditpolitik geboten. Sollte es Österreich gelingen, sich stärker in die internationale Konjunktur einzuschalten, wird nicht nur die Zahlungsbilanz entlastet, sondern auch die Erhaltung eines hohen Beschäftigtenstandes erleichtert werden.

Obwohl Vorratskäufe und Warenzurückhaltung seltener waren als in anderen Ländern Westeuropas, hat sich die Nachfrage doch auch in Österreich verstärkt. Die *Einzelhandelsumsätze* sind im Juli ent-

gegen den Saisonereignungen um 5% gestiegen. Bisher vielfach aufgeschobene Käufe dauerhafter Konsumgüter wurden nachgeholt; Nahrungsmittel, aber auch Textilien, Seife und Waschmittel wurden auf Vorrat gekauft. Die Kauflust hat indessen bereits in der zweiten Julihälfte infolge Erschöpfung der geringen Kaufkraftreserven wieder nachgelassen.

Größere Lager an Rohstoffen und Fertigwaren haben bisher den vom Weltmarkt ausgehenden Preisauftrieb gedämpft. Nur auf einigen spekulativen Märkten kam es zu stärkeren Preissteigerungen. Die Preise für Gold und Silber sind von Mitte Juli bis Mitte August um 15,7% und 10,3% und die Schwarzmarktpreise für Zucker um 33,3% gestiegen. Auch Baumwolle, Kautschuk, Zinn, Zink, Kohle und Fleisch wurden teurer. Das Steigen dieser Preise wurde jedoch durch das vielfach übersaisonnmäßige Sinken der Preise für Obst, Gemüse und Kartoffeln überkompensiert. Der Index der *Großhandelspreise* ist daher von Mitte Juli bis Mitte August um 2,9% (von 554 auf 538; März 1938 = 100) gesunken. Auch der *Lebenshaltungskostenindex* ging wieder um 1,9% (von 510,9 auf 501,3; April 1945 = 100) zurück. Die Knappheit und die hohen Preise bestimmter ausländischer Rohstoffe lassen allerdings auch in Öster-

reich — unabhängig von der schwebenden Preis-Lohn-Regelung — zumindest vorübergehend ein mäßiges Steigen des inländischen Preisniveaus befürchten.

Besondere Hoffnungen werden an die Entwicklung des österreichischen *Exportes* geknüpft. Sie gründen sich einmal darauf, daß Österreich gleich Deutschland nicht rüstet und daher seine gesamte Produktionskraft dem normalen Inlandsverbrauch und dem Export widmen kann. Zum anderen wird erwartet, daß andere Staaten ihre Rüstungsausgaben zumindest teilweise inflationistisch finanzieren, so daß Preise, Einkommen und damit auch die Importnachfrage dieser Länder steigen werden. Die im Juni — also noch vor Ausbruch des Koreakonfliktes, aber wohl bereits unter dem Einfluß des Konjunkturaufschwunges in den USA — erzielten Ausfuhrergebnisse scheinen diese Erwartungen zu bestätigen. In diesem Monat wurden Waren im Werte von 5207 Mill. S exportiert (gegenüber 4901 Mill. S im Mai) und damit bereits 97% des durchschnittlichen Ausfuhrvolumens vom Jahre 1937 erreicht.

Ein stärkerer Aufschwung des österreichischen Exports wird durch die neuen kreditpolitischen Maßnahmen wirksam unterstützt werden. Das ab September geltende *Ausfuhrförderungsgesetz* sieht die Gewährung mittel- und langfristiger Exportkredite unter Staatsgarantie bis zur Höhe von 500 Mill. S vor. Außerdem wurden aus ERP-Mitteln 25 Mill. S für eine *Exportfondsgesellschaft* flüssig gemacht, die besonders den Export des Gewerbes nach Hartwährungsändern fördern soll.

Spezifische exportfördernde Maßnahmen werden jedoch nur dann Erfolg haben, wenn die österreichische Produktion auf den Weltmärkten konkurrenzfähig ist. Wenn auch Nachfrage und Preise auf den Weltmärkten gestiegen sind und vielfach noch weiter steigen dürften, so wird doch der Spielraum für eine Erhöhung des inländischen Preis- und Kostenniveaus verhältnismäßig klein bleiben. (Österreichs Exportchance liegt gerade darin, daß seine Preise weniger steigen als die Weltmarktpreise.) Dies ist zu bedenken, wenn an den *Abbau der Subventionen* geschritten wird.

Die Beseitigung sämtlicher Importsubventionen (Angleichung der inländischen Abgabepreise für ERP-Güter an die Weltmarktpreise, umgerechnet zum Effektivkurs von 21'36) sowie die Anpassung der inländischen Erzeugerpreise für Brotgetreide an das höhere Weltmarktpreisniveau würden die Lebenshaltungskosten (nach dem Verbrauchsschema des Institutes) um etwa 10% verteuern. Dies gilt jedoch nur unter der Annahme, daß nur die Erhöhung der Erzeuger- und Importpreise auf die Verbraucher

weitergewälzt wird. Berücksichtigt man, daß — wegen der zu erwartenden Lohnerhöhungen — auch die gerade bei Lebensmitteln vielfach äußerst knapp kalkulierten Spannen zumindest absolut steigen werden, sowie, daß die Landwirtschaft zum Ausgleich für die erhöhten Preise für Futter- und Düngemittel auch für die einzelnen tierischen Produkte höhere Preise begehrt, so wird mit einer Steigerung des Lebenshaltungskostenindex um mindestens 15% zu rechnen sein¹⁾. Wird die Verteuerung der Lebenshaltung voll durch generelle Lohnerhöhungen abgegolten, so werden nicht nur die öffentlichen Körperschaften schwer belastet werden, sondern es werden auch die Preise vieler Industrieprodukte steigen und — trotz günstiger Exportkonjunktur — auf dem Weltmarkt konkurrenzunfähig werden. Die nachteiligen Rückwirkungen auf die österreichische Ausfuhr ließen sich zwar dadurch abschwächen, daß den Exporteuren höhere Agios und Belassungsquoten gewährt werden. Damit würden jedoch die Subventionen nicht beseitigt, sondern nur in eine andere Form übergeführt werden. Es entstünde nämlich zwischen durchschnittlichem Importkurs — der durch die Verrechnung von ERP-Lieferungen zum Kurs von 21'36 niedrig gehalten wird — und durchschnittlichem Exportkurs neuerlich ein größerer Abstand, der praktisch einer — vorwiegend konsumtiv verwendeten — Subvention der österreichischen Wirtschaft aus ERP-Mitteln entspräche.

Trotz außerordentlichen Schwierigkeiten wird das Subventionsproblem in Kürze gelöst werden müssen. Infolge Preisunsicherheit verkaufen die Landwirte nur soviel Brotgetreide, als zur Bestreitung der laufenden Barauslagen nötig ist, während landwirtschaftliche Genossenschaften und Mühlen Vorräte anhäufen und die Vermahlung einschränken. Vielfach wird auch Brotgetreide verfüttert und teilweise sogar — illegal — „exportiert“. Wenn nicht bald eine befriedigende Lösung gefunden wird, ist zu befürchten, daß die Landwirte die Anbauflächen für Brotgetreide zu Gunsten von Futtermitteln einschränken, deren freie Preise in letzter Zeit stark angezogen haben.

Die aus dem Steigen der Weltmarktpreise und dem Abbau der Subventionen zu erwartenden Preisauftriebstendenzen können mit einer vorsich-

¹⁾ Auch diese Ziffer unterschätzt noch die tatsächliche Verteuerung der Lebenshaltung; da der Index des Institutes auf einem friedensmäßigen Verbrauchsschema beruht und daher weniger Brot, Mehl und Teigwaren enthält, als gegenwärtig verbraucht wird (der Verbrauch von Mehl — einschließlich Backwaren — der städtischen Bevölkerung war im Jahre 1949 um 10% größer als im Jahre 1937).

tigen *Geld- und Kreditpolitik* eingedämmt werden. Da sich jedoch mit währungspolitischen Maßnahmen nur das *allgemeine Preisniveau* steuern läßt, andererseits aber vermieden werden muß, daß die gesamte *Preisstruktur* durch stärkere Preiserhöhungen einzelner besonders knapper Rohstoffe verzerrt wird, könnte sich in einzelnen Fällen vorübergehend auch eine *direkte* Lenkung als zweckmäßig erweisen. Nach dem Beispiel anderer Staaten sollte es auch in Österreich möglich sein, dabei auf einen umständlichen bürokratischen Lenkungsapparat zu verzichten und auf freiwilliger Basis ein Zuteilungssystem für knappe Rohstoffe einzurichten.

Als die währungspolitisch vertretbaren Counterpart-Freigaben für das Jahr 1950 festgelegt wurden, galt als Richtschnur, daß der Notenumlauf im Jahre 1950 annähernd stabil bleiben und das gesamte Geldvolumen nur mäßig steigen soll. Dieses Ziel konnte bisher ziemlich erreicht werden. Im 1. Halbjahr 1950 stieg der Notenumlauf nur um 61'6 Mill. S und das gesamte Geldvolumen (einschließlich Scheckeinlagen und freie Nationalbankgiroguthaben öffentlicher Stellen) um 391 Mill. S oder 3'0%¹⁾. Die weitgehende Stabilisierung des Geldvolumens war jedoch hauptsächlich dem Umstande zu danken, daß aus Erlöskonten anstatt 1'4 Mrd. S (entsprechend der vorgesehenen Jahresrate von 2'8 Mrd. S) nur 950 Mill. S freigegeben wurden. Dagegen war die Kreditexpansion im 1. Halbjahr 1950 — teilweise infolge Vorfinanzierung von ERP-Krediten — über Erwarten stark. Nachdem die Kreditinstitute bereits im I. Quartal zusätzliche Kredite in Höhe von 862 Mill. S (ohne Aufbauwechsel) gewährt hatten, haben im II. Quartal allein die Banken ihr Kreditvolumen um weitere 307 Mill. S (ohne Aufbauwechsel) ausgedehnt. Da am 1. September der hohe Betrag von 1'2 Mrd. S ERP-Mittel für Investitionen freigegeben wurde und gleichzeitig die Exportkreditaktion angelaufen ist, wird in den kommenden Monaten mit einer Zunahme der Geldmenge zu rechnen sein, die über den ursprünglich gesteckten Rahmen hinausgeht, sofern nicht die Kreditinstitute das Tempo der Kreditausweitung stärker verlangsamen.

Auch vom *Budget* werden im 2. Halbjahr nachfragestimulierende Wirkungen ausstrahlen. Die kürzlich veröffentlichten Gebarungsergebnisse des 1. Halbjahres 1950 zeigen, daß die finanzielle Lage des Staates günstiger ist, als erwartet wurde. Während der Voranschlag 1950 mit einem ausgeglichenen laufenden Budget rechnete, konnte in Wirklichkeit

im 1. Halbjahr ein Überschuß von 466 Mill. S erzielt werden. Davon wurde ein Teil (192 Mill. S) zusammen mit Counterparts in Höhe von 264 Mill. S für Investitionen im außerordentlichen Budget verwendet, so daß die Gesamtgebarung mit einem Überschuß von 274 Mill. S schloß. Das Finanzministerium wies aber ausdrücklich darauf hin, daß dieser Überschuß nur zeitweilig ist, da die Ausgaben im 2. Halbjahr infolge höherer Investitionen steigen werden. Während also die Gebarung des Staatshaushaltes im 1. Halbjahr 1950 auf die wirksame Nachfrage restriktiv wirkte, wird sie diese im 2. Halbjahr verstärken, da außer den laufenden Einnahmen auch der nicht ausgegebene Überschuß des 1. Halbjahres in die Wirtschaft strömen wird.

Der Staatshaushalt im ersten Halbjahr 1950

<i>Laufende Gebarung (o. Budget)</i>			
(einschließlich Besatzungskostengebarung)			
	Mill. S		Mill. S
Öffentliche Abgaben	2.649	Ausgaben	4.650
Sonstige Einnahmen	2.467	Überschuß	466
	5.116		5.116

<i>Investitionen (a. o. Budget)</i>			
	Mill. S		Mill. S
ERP-Counterpartmittel ¹⁾	253	Ausgaben ¹⁾	456
Sonstige Counterpartmittel	11		
Aus Überschuß im o. Budget	192		
	456		456

<i>Gesamtgebarung</i>			
	Mill. S		Mill. S
Überschuß im o. Budget	466	Aus Überschuß des o. Budgets zur Finanzierung von Investitionen verwendet	192
		Gesamtgebarungüberschuß	275
	466		466

¹⁾ Davon 133 Mill. S für ERP-Sonderwiederaufbauprogramme.

Vor dem Koreakonflikt hätte sich vielleicht angesichts der leichten Schwäche des Binnenmarktes eine weniger strenge Geld-, Kredit- und Finanzpolitik vertreten lassen. Angesichts der gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Konjunktur jedoch würde eine durch Kreditexpansion verstärkte inländische Nachfrage nach Investitionsgütern die Preise hochtreiben, Mangelercheinungen hervorrufen und den Export schwächen. Eine grundsätzlich vorsichtige Geldpolitik ist um so mehr zu befürworten, als durch das neue Ausfuhrförderungsgesetz die Möglichkeit besteht, aussichtsreiche Exportgeschäfte durch Sonderkredite zu finanzieren.

Die Festlegung des zukünftigen Kurses der Währungspolitik und die Dosierung ihrer Maßnahmen hängt eng damit zusammen, wie weit der Export auf Kosten der Investitionen begünstigt werden soll.

¹⁾ Im 1. Halbjahr 1949 stieg der Notenumlauf um 161'8 Mill. S und das gesamte Geldvolumen um 402'6 Mill. S.

Diese Entscheidung drängt, da der Produktionsaufschwung infolge zunehmender Kapazitätsausnutzung allmählich nachläßt. Während die Industrieproduktion im Jahre 1949 von Jänner bis Juni um 36% stieg, betrug die Zunahme im gleichen Zeitraum dieses Jahres nur 11%, d. i. nur wenig mehr, als saisonbedingt zu erwarten war. Der Mehrexport wird daher nur zum Teil durch zusätzliche Produktion gedeckt werden können. In der Hauptsache wird er aus dem bisher im Inland — sei es für Investitionen oder für den Konsum — verbrauchten Gütervolumen abgezweigt werden müssen. Da sich der private Konsum kaum stärker zusammenpressen läßt und auch der öffentliche Konsum zumindest auf kurze Sicht unelastisch ist, steht die Wirtschaftspolitik letztlich vor der (überspitzt formulierten) Alternative exportieren oder investieren¹⁾.

Die ungünstige Zahlungsbilanzsituation Österreichs, die sich nicht nur in einem hohen Defizit — das nur der Ausdruck der hohen Auslandshilfe ist —, sondern auch in der akuten Knappheit an Devisen äußert, würde nahelegen, die Exportkonjunktur weitestgehend auszunutzen, und zwar selbst zu Lasten der inländischen Investition. Andererseits ist zu bedenken, daß die — durch Aufrüstung bedingte — weltwirtschaftliche Konjunktur nicht unbeschränkt dauern wird. Mit der Rückkehr normaler Verhältnisse wird daher Österreich seine Exporte nur dann auf gewünschter Höhe halten können, wenn es einen leistungsfähigen Produktionsapparat besitzt. Unter Bedachtnahme auf die Sicherung der Lebensfähigkeit Österreichs scheint es also vertretbar, die im österreichischen Drei-Jahres-Plan vorgesehenen Investitionen möglichst vollständig durchzuführen, selbst wenn sich in einzelnen Fällen der Export durch Beschränkung der Investitionen steigern ließe.

Die als Folge der internationalen Rüstungskonjunktur erwartete Nachfragesteigerung nach österreichischen Waren wird auch auf den *Arbeitsmarkt* rückwirken. Die Arbeitslosigkeit ist in den letzten Monaten nur zögernd zurückgegangen. Mitte August war die Zahl der verfügbaren Arbeitslosen mit 92.102 um 26.779 höher als im gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Auch der Vorsprung des Beschäftigtenstandes gegenüber dem Vorjahre wird zusehends

¹⁾ In Wirklichkeit wird auch weiterhin sowohl exportiert als auch investiert; worauf es ankommt, ist das Verhältnis zwischen beiden.

kleiner. Ende Juli 1950 waren nur noch 1.400 Personen mehr beschäftigt als Ende Juli 1949. Vielfach wird befürchtet, daß die Arbeitslosigkeit im kommenden Winter einen neuen Höhepunkt mit über 200.000 Stellensuchenden erreichen wird. Um einer solchen wirtschaftlich und sozial gleich unbefriedigenden Entwicklung rechtzeitig vorzubeugen, wurde ein *Ministerkomitee* gebildet, das die Entwicklung des Arbeitsmarktes verfolgen und Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorschlagen soll.

Wieweit die jüngsten weltpolitischen Ereignisse die Aufgabe des Ministerkomitees erleichtern werden, hängt vor allem davon ab, welche Waren und Branchen die Exportkonjunktur erfaßt. Sollte sie sich auf Rohstoffe wie Eisen und Holz oder aber auf Investitionsgüter beschränken, so wird sich der Beschäftigtenstand nur wenig erhöhen, da die Produktion dieser Güter infolge weitgehend ausgenutzter Kapazitäten und beschränkter Rohstoffvorkommen kaum noch stärker steigerungsfähig ist. Dagegen erhalte der Arbeitsmarkt einen größeren Auftrieb, wenn es gelänge, auch die Konsumgüterindustrien in den Export einzuschalten, da sie im allgemeinen arbeitsintensiver sind und noch über unausgenützte Kapazitäten verfügen. Außerdem könnte damit die hohe strukturelle Arbeitslosigkeit der Frauen gemildert werden, da gerade diese Zweige verhältnismäßig viele weibliche Arbeitskräfte beschäftigen.

Unabhängig von der konjunkturellen Entwicklung wird man sich jedoch mit den *strukturellen Schwächen* des Arbeitsmarktes (Angestelltenüberschuß, Lehrstellenmangel, Frauenarbeitslosigkeit, Landflucht) und mit dem Problem der *Saisonarbeitslosigkeit* zu befassen haben. Es ist sehr wahrscheinlich, daß das starke Steigen der Arbeitslosigkeit im Winter 1949/50 nur teilweise witterungsbedingt war. Verschiedene Untersuchungen bestätigen, daß die öffentliche Hand selbst den Saisonrhythmus verschärft, indem sie aus budgettechnischen Gründen Bauarbeiten im Herbst zusammendrängt, während sie im Frühjahr erst verhältnismäßig spät neue Aufträge vergibt. Da etwa die Hälfte sämtlicher Bauarbeiten aus öffentlichen Mitteln finanziert werden, könnte man die winterliche Saisonarbeitslosigkeit sicherlich stärker einschränken, wenn Staat und Gebietskörperschaften ihre Ausgaben gleichmäßiger verteilten und Arbeiten, die auch in den Wintermonaten durchgeführt werden können, dieser Jahreszeit vorbehalten.